

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

## Wirtschaft und Entwicklung

### *Wenig Land in Sicht*

PETER CHRISTMANN

#### **Entwicklungsländer in Insellage: Konferenz von Mauritius verabschiedet Strategie und Erklärung – überschattet von Tsunami – keine Sonderbehandlung für SIDS**

(Vgl. Peter Christmann, Inseln im Wind: Entwicklungsländer in Insellage, VN 6/1999 S. 209ff.; sowie Irgard Schwaetzer, Tsunamis verhindern (Katastrophenvorsorge), VN 2/2005 S. 63ff.)

Überschattet von den dramatischen Ereignissen im Indischen Ozean an Weihnachten 2004 ging am 14. Januar 2005 auf Mauritius die Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Umsetzung des 1994 vereinbarten ›Aktionsprogramms von Barbados‹ (BPoA) zu Gunsten der Kleinen Entwicklungsländer in Insellage zu Ende. Damit kam ein knapp einjähriger Vorbereitungsprozeß zum erfolgreichen Abschluß. Die Vertreter von 114 Staaten verabschiedeten per Akklamation die ›Mauritius-Strategie‹, welche das Aktionsprogramm von Barbados ablöst, sowie eine Erklärung mit einem allgemeinen Bekenntnis zur besonderen Situation kleiner Inselstaaten, die sich selbst oft als Verlierer im Prozeß der fortschreitenden Globalisierung vieler Lebensbereiche sehen.

#### *Kleine Inselstaaten*

Die Kleinen Entwicklungsländer in Insellage (Small Island Developing States – SIDS) sind eine informelle Gruppe von inzwischen 51 kleinen Inseln, vorwiegend in der Karibik und im Pazifischen Raum gelegen, aber auch, an den Küsten Afrikas und im Indischen Ozean (siehe Tabelle). 37 von ihnen sind Mitglied der Vereinten Nationen. Innerhalb der Weltorganisation agiert überwiegend das Bündnis der kleinen Inselstaaten (Alliance of Small Island States – AOSIS) – eine ebenfalls informelle Gruppe von 43 kleinen Insel- und Küstenstaaten – als Lobby und Sprachrohr der SIDS. Drei regionale Organisationen stehen den kleinen Inselstaaten nahe: Caribbean Community (CARICOM), Pacific Islands Forum (PIF) und Atlantic, Indian Ocean, Mediterranean and the South China Sea (AIMS) Island Countries.

Warum gibt es diese Gruppe? Bei aller Unterschiedlichkeit ist den SIDS eine außerordentliche ökologische Verletzbarkeit (ecological vulnerability) gemein. Sie liegen häufig in Zonen, die immer wieder von Naturkatastrophen heimgesucht werden. Die meisten von ihnen sind darüber hinaus wirtschaftlich schwach – eine Folge der räumlichen Begrenztheit ihrer Volkswirtschaften, deren geringen Diversifikation und Risikostreuung sowie deren Ferne von den Märk-

ten dieser Welt. Für die Herausforderungen der Globalisierung sind sie schlecht gerüstet. Gleichzeitig übernehmen sie mit ihren langen Küsten eine große Verantwortung für den Erhalt des Reichtums der Weltmeere, beherbergen seltene Tiere und Pflanzen und tragen in hohem Maße zur biologischen Vielfalt der Erde bei. Ihre oft komplexen und anfälligen Ökosysteme sind aufgrund ihrer Einzigartigkeit und ihres Artenreichtums von globaler Bedeutung. Da sie als kleine Inselstaaten bei ansteigendem Meeresspiegel (als Folge einer verfehlten Klimapolitik) potentiell in ihrer Existenz bedroht sind, sind AOSIS und SIDS besonders aktiv im Bereich der Klimapolitik: Sie sind daher ideale Partner der Europäischen Union, die sich einer anspruchsvollen Klimaschutzpolitik – hier sei vor allem das Kyoto-Protokoll genannt – verschrieben hat.

#### *Von Rio nach Mauritius*

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung von Rio im Jahr 1992 hatte die Sonderstellung der SIDS anerkannt. In der dort verabschiedeten ›Agenda 21‹ wird den SIDS ein eigenes Unterkapitel gewidmet (Kapitel 17, Buchstabe G). Das 1994 verabschiedete BPoA zugunsten der SIDS wurde 1999 bei der 22. Sondergeneralversammlung der UN in New York erstmals überprüft. Diese beschloß eine kurze Politische Erklärung sowie einen längeren Text, in dem die bis dahin erfolgte Umsetzung des Aktionsprogramms kritisch bewertet wurde. Damals wurden sechs Bereiche mit weiterhin dringendem Handlungsbedarf identifiziert: Klimapolitik; Vorsorge gegen Naturkatastrophen; Küsten- und Meeresschutz; Trinkwasser- und Energieversorgung; Förderung eines sozial- und umweltverträglichen Tourismus. Die Mauritius-Konferenz ging auf einen Beschluß der 58. Generalversammlung der Vereinten Nationen (2003/2004) zurück, die im Einklang stand mit einer gleichgerichteten Festlegung im ›Durchführungsplan von Johannesburg‹, den der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 verabschiedet hatte. Demnach sollte das BPoA erneut einer gründlichen Überprüfung unterzogen und an eine geänderte Weltlage und neue Herausforderungen angepaßt werden. Die für Spätsommer 2004 geplante Konferenz mußte jedoch um mehrere Monate verschoben werden. Grund dafür waren Verzögerungen bei der Fertigstellung des dafür eigens neu errichteten Konferenzkomplexes nahe der Hauptstadt Port Louis.

Die – einschließlich informeller Vorverhandlungen – siebentägige Konferenz auf Mauritius war mit geschätzten 800 offiziellen Teilnehmern den Erwartungen entsprechend gut besucht und wurde vor allem von den SIDS hochrangig wahrgenommen. Die Konferenz unter dem Motto ›Small Islands – Big Stakes‹ stand noch stark im Zeichen der Naturkatastrophe im Indischen Ozean. Daher war es wenig verwunderlich, daß alle Delegierten und Vertreter der internationalen Organisationen in ihren Beiträgen auf die aktuelle

#### **Kleine Entwicklungsländer in Insellage** (51 Staaten und Gebiete)

##### *Afrika (6)*

Guinea-Bissau, Kap Verde, Komoren, Mauritius, São Tomé und Príncipe, Seychellen

##### *Amerika (23)*

Amerikanische Jungferninseln, Anguilla, Antigua und Barbuda, Aruba, Bahamas, Barbados, Belize, Britische Jungferninseln, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Kuba, Montserrat, Niederländische Antillen, Puerto-Rico, Suriname, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago

##### *Asien und Ozeanien (23)*

Amerikanisch-Samoa, Cookinseln, Fidschi, Französisch-Polynesien, Guam, Kiribati, Malediven, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Neukaledonien, Niue, Nördliche Marianen, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Singapur, Timor-Leste, Tonga, Tuvalu, Vanuatu

Quelle: [www.un.org/special-rep/ohrlls/sid/list.htm](http://www.un.org/special-rep/ohrlls/sid/list.htm)

Situation Bezug nahmen, so auch UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner viel beachteten Rede. Er rief zur Einrichtung eines globalen Frühwarnsystems auf, um derartige Katastrophen in Zukunft zu vermeiden. Der Ministerpräsident von Mauritius, Paul Raymond Bérenger, forderte die Einrichtung eines Treuhandfonds für diesen Zweck und drängte auf die besondere Berücksichtigung der Verletzbarkeit der kleinen Inselstaaten durch Naturereignisse. Die Vereinbarung konkreter Maßnahmen zum Schutz vor Naturkatastrophen blieb aber der vier Tage später folgenden Konferenz im japanischen Kobe vorbehalten, die sich speziell dieser Thematik widmete.

Die deutsche Delegation wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uschi Eid, geleitet. Ihre Rede während des Ministersegments fand starke Beachtung, nicht zuletzt weil sie darin ankündigte, Deutschland wolle eine internationale Frühwarnkonferenz ausrichten.

#### *Keine Sonderbehandlung*

Sollten die SIDS die Hoffnung gehegt haben, aus der Flutkatastrophe zusätzliche Argumente für ihren seit 1994 wiederholt vorgebrachten Anspruch auf generelle Sonderbehandlung in Handelsfragen und beim Zugang zu internationaler Finanz- und Entwicklungshilfe gewinnen zu können, so hat sich diese nicht erfüllt. Es gelang ihnen nicht, eine Sonderbehandlung verbindlich

festzuschreiben. Die Textpassagen im Handelskapitel der Mauritius-Strategie, im Kapitel ›Implementation‹ und unter dem Stichwort ›Graduation‹, sind aus Sicht der SIDS enttäuschend, waren jedoch mit den Positionen der Industriestaaten in Einklang zu bringen. Darin geht es um den im Vorjahr im Wirtschafts- und Sozialrat verhandelten Prozeß zur Streichung von Ländern aus der Liste der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) und damit um den Verlust von Vorzugsbedingungen, wovon mehrere SIDS betroffen sind. Dennoch mußten auch die Industriestaaten einigen Aussagen zustimmen, etwa im Unterkapitel ›Technologie-Transfer‹, wonach die Einrichtung einer ›SIDS dedicated technology transfer and development facility‹ erwogen werden soll. Ein weiteres Zugeständnis der Geberländer ist, daß die Globale Umweltfazilität (GEF) dringend aufgerufen wird, den Zugang der SIDS zu GEF-Finanzierungen zu verbessern und zu vereinfachen. Insbesondere aus Sicht der EU ist dies heute bereits sichergestellt; Probleme hängen im Einzelfall eher mit unausgereiften Projektvorschlägen der SIDS zusammen.

Die Passagen zur Klimapolitik und zur Anpassung an den Klimawandel waren lange Zeit umstritten. Die in der Klimadebatte bekannten Interessenlager sind: Europäische Union und SIDS auf der einen Seite, USA und die Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) auf der anderen Seite. Trotz fundamentaler Interessensgegensätze konnten schließlich doch einvernehmliche Formulierungen gefunden werden und ein Zurückfallen hinter Vereinbarungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verhindert werden.

### *SIDS: in globale Strategien integrieren?*

Insgesamt enthält die in Mauritius verabschiedete Strategie in knapp 100 Absätzen Feststellungen und Absichtserklärungen, wie eine nachhaltige Entwicklung in den SIDS durch deren Eigenanstrengungen und mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gefördert werden kann. Darin werden auch neue Herausforderungen beschrieben, wie der Kampf gegen HIV/Aids.

Der Verlauf der Verhandlungen zur Mauritius-Strategie hat auch gezeigt, daß es nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch zwischen den SIDS und einer Reihe anderer Entwicklungsländer beträchtliche Gegensätze gibt. Deutlich wurde, daß sich die kleinen Inselstaaten gegen die mächtigeren Hauptakteure in der eigenen Gruppe nur schwer durchsetzen können. Dies zeigte sich besonders in Fragen des Klimaschutzes und der Energiepolitik. Somit hatten die kleinen Inselstaaten nicht nur gegenüber den Industriestaaten einen schweren Stand, sondern sogar innerhalb der eigenen Gruppe. Hinzu kommt, daß sich die internationale Debatte um Entwicklungsziele seit 1994 verändert hat. Die SIDS haben es heute generell schwer, ihre noch 1992 beim ›Erde-gipfel‹ von Rio anerkannte besondere Problemlage als Grundlage für eine Sonderbehandlung durch die Staatengemeinschaft aufrechtzuerhalten. Nicht zuletzt die Vernachlässigung der Umweltproblematik in der gegenwärtigen Debatte über die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) ist dafür ein Grund. Auch die fortschreitende Konzentration der Entwicklungshilfeger auf

immer weniger Partnerländer geht zu Lasten kleiner Staaten.

Aus Sicht der deutschen Delegation und der EU-Vertreter ist es allerdings als Erfolg zu verbuchen, daß Strategie und Erklärung von Mauritius in den Prozeß zur Überprüfung der Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen und der MDGs eingebunden werden soll, der mit dem ›Millennium+5-Gipfel‹ zum Auftakt der diesjährigen Generalversammlung im September in New York seinen vorläufigen Höhepunkt finden wird.

*Weitere Informationen über die Konferenz:* <http://www.un.org/smallislands2005/>; *Titel der Konferenz:* *The International Meeting to Review the Implementation of the Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States, 10.–14. Januar 2005, Port Louis, Mauritius. Abschlußdokumente:* ›Draft Mauritius Strategy for the Further Implementation of the Programme of Action for the Sustainable Development of SIDS‹ (A/CONF.207/CRP.7) sowie ›Mauritius Declaration‹ (A/CONF.207/L.6). □

## Sozialfragen und Menschenrechte

### *Selbsterstörung auf Raten*

SILVI STERR

**Menschenrechtskommission 2004: 60. Tagung – Darfur-Krise – Menschenrechte und Terrorismus – Schweigen zu Irak, Iran, Guantánamo – Nichtbefassung mit China – Sondersitzung zu Palästina – Statt Länderresolutionen: Technische Hilfe und schwache Erklärungen**

(Dieser Beitrag setzt die Berichtsreihe von Silvi Sterr fort. Letzter Bericht: Stille Katastrophe, Menschenrechtskommission: 59. Tagung, VN 2/2004 S. 54ff.)

Die 60. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen verlief insgesamt relativ ruhig, was wohl eher einer gewissen Resignation als einer Verbesserung der globalen Menschenrechtslage geschuldet war. Die aus 53 Mitgliedstaaten bestehende Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) trat im Jahr 2004 turnusgemäß zu einer sechswöchigen Tagung (15.3.–23.4.) in Genf zusammen. UN-Generalsekretär Kofi Annan stellte zu Beginn der Tagung aus Anlaß des zehn Jahre zurückliegenden Genozids in Rwanda einen Aktionsplan zur Verhütung von Völkermord vor. Doch der dringende Appell an die Staatengemeinschaft, massive Menschenrechtsverletzungen und ›ethnische Säuberung‹ in Sudan anzugehen, verhallte ungehört, obwohl sich der Konflikt während der Tagung mit großer Brutalität entfaltete. Der amtierende Hochkommissar für Menschenrechte, Bertrand Ramcharan, setzte zwar eine Untersuchungskommission für Sudan ein, doch diese erhielt keinen Zugang zu Darfur. Statt dessen beiste sie die Grenzgebiete in Tschad.

Aus dem unveröffentlichten Zwischenbericht dieser Mission sickerte durch, daß Reitermilitäzen bei völliger Straflosigkeit und in enger Kooperation mit der sudanesischen Regierung operierten. Dem Bericht zufolge greifen diese Milizen die Zivilbevölkerung an, morden, vergewaltigen, plündern, zerstören ganze Dörfer und vernichten die Lebensmittelsreserven und Wasserquellen. Die Kommission beschied sich am letzten Sitzungstag damit, dem schwach formulierten Antrag der afrikanischen Gruppe und der EU zu folgen und für ein Jahr einen unabhängigen Experten (2004/128) einzusetzen. Die USA konnten sich mit ihrer Forderung nach einem Sonderberichterstatter zwar nicht durchsetzen. Doch sie durchbrachen den Konsens, sorgten mittels Antrag auf Abstimmung und Zusatzanträgen für Aufsehen und verlangten noch einmal eine Sondersitzung, obwohl die Entscheidung bereits gefallen war.

### *Terrorismus*

Der Bombenanschlag von Madrid kurz vor der Tagung sorgte dafür, daß das Thema Terrorismus bei den Sitzungen allgegenwärtig war. Obwohl im Ergebnis nicht voll befriedigend, denn es wäre eine aktivere Variante mit Besuchsrecht in betroffenen Staaten nötig, muß man es positiv bewerten, daß die Vorlage Mexikos, die vor zwei Jahren noch gescheitert war, dieses Jahr nach langen Verhandlungen ein weiteres Mal durchkam: Der zukünftigen Hochkommissarin Louise Arbour wurde für ein Jahr ein unabhängiger Experte zur Seite gestellt. Eine Studie soll zeigen, wie Menschenrechte unter den Bedingungen des Kampfes gegen den Terrorismus gestärkt werden können, und die bisherigen Möglichkeiten im Rahmen bestehender Mandate zusammenfassen (2004/87). Die Vorlage wurde schließlich mit einer Rekordzahl von 63 unterstützenden Ländern ohne Abstimmung akzeptiert, obwohl Indien zuvor mehrere Änderungsanträge eingebracht hatte, die aber alle abgelehnt worden waren. Der Gegenentwurf Algeriens (2004/44), der Regelungen enthielt, mit denen unliebsame Kritiker und Menschenrechtsverteidiger als Terroristen verfolgt werden können, bekam wieder eine große Mehrheit, doch die EU distanzierte sich deutlich. China gelang es zum wiederholten Male, die leidige Debatte um die ›Menschenrechte und -pflichten‹ wieder aufleben zu lassen (2004/117), auch wenn der Text nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde.

### *Nahost*

Nach der Ermordung von Scheich Ahmed Yassin am 22. März 2004 wurde eine Sondersitzung zur Situation in Palästina abgehalten (2004/102). Es gab weniger Resolutionen, die sich gegen die Politik Israels richten, als sonst, da hier die Biannualisierung für Entlastung sorgte. Die Frustration der arabischen Staaten über die Wirkungslosigkeit von Resolutionen zu Israel und über das Geschehen in Irak stand aber einer entspannteren und konstruktiven Debatte im Wege. Verabschiedet wurden die folgenden Resolutionen: 2004/1 zu den besetzten Gebieten in Palästina, 2004/3 zur Situation in Palästina, 2004/8 zu den Golanhöhen, 2004/9 zur Siedlungspolitik Israels und 2004/10 zu Menschenrechtsverletzungen in den besetzten arabischen Gebieten.